

## Antrag

**der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Jerzy Montag, Irmingard Schewe-Gerigk, Silke Stokar von Neuforn, Hans-Christian Ströbele, Wolfgang Wieland und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Flüchtlinge entsprechend den Vorgaben der Qualifikationsrichtlinie schützen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes vom 17. Februar 2009 (C-465/07) ist erneut (vgl. bereits Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 24. Juni 2008 – 10 C 43/07) klar geworden, dass die deutsche flüchtlingsrechtliche Praxis bisher bei der Gewährung von Schutz insbesondere im Bereich der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen zu restriktiv verfahren ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung zu Folgendem auf:

1. Die Bundesregierung möge durch entsprechende Anweisung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dafür Sorge tragen, dass Flüchtlinge aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten künftig entsprechend der Vorgaben der Qualifikationsrichtlinie (Richtlinie 2004/83/EG) Schutz erhalten.
2. Die Bundesregierung möge das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anweisen, seine den Flüchtlingsschutz verweigernden Entscheidungen der Vergangenheit, die den Vorgaben der genannten Richtlinie nicht entsprachen, von Amts wegen aufzuheben und den Betroffenen Schutz zu gewähren.

Berlin, den 18. März 2009

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Bereits in der Anhörung des Deutschen Bundestages zum Richtlinienumsetzungsgesetz (Bundestagsdrucksache 16/5065) war darauf hingewiesen worden (vgl. insbesondere die Stellungnahme von Dr. Reinhard Marx), dass die vorgeschlagene Regelung des § 60 Absatz 7 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) – unter Berücksichtigung der bis dahin ergangenen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts – Flüchtlinge aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten nicht entsprechend der europarechtlichen Vorgaben schützt. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD sahen sich jedoch nicht in der Lage, einem

die Schutzlücke schließenden Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu folgen. Deshalb musste das Bundesverwaltungsgericht (Urteil vom 24. Juni 2008 – 10 C 43/07) § 60 Absatz 7 AufenthG – entgegen seinem Wortlaut – einschränkend auslegen, weil ansonsten die Vorgaben der Qualifikationsrichtlinie nicht eingehalten werden können. Der Europäische Gerichtshof hat nunmehr bekräftigt, dass bei der Feststellung, ob ein Flüchtling Schutzes bedarf, weil „eine ernsthafte Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit [...] in Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts“ vorliegt, keine übersteigerten Maßstäbe angelegt werden dürfen. Vielmehr gilt Folgendes:

- Das Vorliegen einer ernsthaften individuellen Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit der Person, die die Gewährung des subsidiären Schutzes beantragt, setzt nicht voraus, dass diese Person beweist, dass sie aufgrund von ihrer persönlichen Situation innewohnenden Umständen spezifisch betroffen ist.
- Das Vorliegen einer solchen Bedrohung kann ausnahmsweise als gegeben angesehen werden, wenn der den bestehenden bewaffneten Konflikt kennzeichnende Grad willkürlicher Gewalt nach der Beurteilung der zuständigen nationalen Behörden, die mit einem Antrag auf subsidiären Schutz befasst sind, oder der Gerichte eines Mitgliedstaats, bei denen eine Klage gegen die Ablehnung eines solchen Antrags anhängig ist, ein so hohes Niveau erreicht, dass stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass eine Zivilperson bei einer Rückkehr in das betreffende Land oder gegebenenfalls in die betroffene Region, allein durch ihre Anwesenheit im Gebiet dieses Landes oder dieser Region, tatsächlich Gefahr laufe, einer solchen Bedrohung ausgesetzt zu sein.

Damit ist Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen nunmehr individueller Schutz nicht erst dann zu gewähren, wenn sie andernfalls „sehenden Auges in den Tod abgeschoben“ würden. Vielmehr ist eine deutlich niedrigere Gefahrprognose ausreichend, um Schutz zu gewähren. Dem sollte die Praxis der Flüchtlingsanerkennung entsprechen.

Es sollte dabei eine selbstverständliche Verpflichtung der deutschen Behörden sein, dass sie selbst die Entscheidungen der Vergangenheit korrigieren, in denen Flüchtlingen z. B. aus Somalia, Afghanistan und dem Irak Schutz nach zu strengen Kriterien verweigert wurde. Erinnerung sei dran, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sehr viele Flüchtlinge aus dem Irak von Amts wegen mit – widersinnigen – Verfahren zum Widerruf ihres Flüchtlingsstatus überzogen hat. Dies zeigt immerhin, dass es dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ohne weiteres möglich ist, auch umgekehrt – zum Schutz von Flüchtlingen – zu ermitteln, wo es in der Vergangenheit nach zu strengen Kriterien Schutz verweigert hat. Jenseits der Frage, ob – jedenfalls für die Fälle nach Ablauf der Umsetzungsfrist der Qualifikationsrichtlinie – eine z. B. europarechtliche Pflicht besteht, die Fehler der Vergangenheit von Amts wegen zu korrigieren, sollte dies eine humanitäre Selbstverständlichkeit sein. Denn viele Flüchtlinge werden nicht von selbst von der bestehenden Möglichkeit erfahren, dass sie einen Asylfolgeantrag aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofes stellen können. Deshalb ist es geboten, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von sich aus derartige Verfahren einleitet, die nach den allgemeinen verfahrensrechtlichen Grundsätzen zu Gunsten der Betroffenen jederzeit möglich sind (vgl. auch Kopp, 10. Auflage, Verwaltungsverfahrensgesetz, § 51, Rn. 2a).